

Queerpolitischer Beirat			Sitzungsprotokoll
Sitzungstag: 27.09.2024	Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr	Sitzungsende: 16:30 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft
Teilnehmende: Mo Wenner, Olaf Grotheer, Christian Modder, Katharina Müller, Santos Blume, Anne-Luise Baumann, Katharina Kunze, Gökkhan Akkamis, Tim Ruland, Kai M. Becker, Ulrike Osten, Julia Koopmann, Lucie Veith, Michael Kamphus, Ulrike Peter, Christian Linker, Alp Savran, Halim Azad Dağdeviren, Ali Naki Tutar, Eugenia Kriwoscheja, Jermaine Greene, Kai Wargalla, Maja Tegeler, Greta Riemann, Sören Hoyer, Renas Cengiz			
Moderation: Mo Wenner			

Folgende Tagesordnung wurde vorab an die Teilnehmenden per E-Mail versendet:

1. Begrüßung | Vorstellung der Tagesordnung und ggf. Änderungen, dann Beschluss der Tagesordnung
 2. Rückfragen der bei der letzten Sitzung abwesenden Mitglieder und Abstimmung zur Aufnahme des LSVD+ Niedersachsen-Bremen e.V.
 3. Bericht und Aktuelles
 - 3.1 Aus der Bürgerschaft (und ggf. Bundesrat/Bundesebene)
 - 3.2 Aus den Ressorts und vom Magistrat
 - 3.3 Aus den beiden Städten, den Communities und Trägervereinen
 - insbesondere FollowUps/Sachstände zu: Gesetzgebung Anpassung Justizvollzugsgesetze im Land Bremen • verabschiedeter Antrag Trans*Gesundheitsversorgung/Bundesebene • Maßnahmen analog zum Rewiks-Projekt im Land Bremen • Update der Ressort-Webseiten zum QPB • ggf. zu Protokoll: Ableitungen aus dem Gutachten von Prof. Plett für das Land Hamburg zu Folgemaßnahmen nach Einführung der Dritten Option
 4. Queerpolitisches im Land Bremen
 - 4.1 Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes und Erfahrungen mit den Standesämtern in Bremen und Bremerhaven
 - hierzu: Einladung an die Leitung des Standesamts Bremen-Mitte und an eine Vernetzungsgruppe für TIAN* Personen in Bremen
- 15:15-15:30 Pause
- 4.2 Impuls und Stellungnahme des Queerpolitischen Beirats zur barrierefreien, geschlechtergerechten Sprache im Land Bremen (Verwaltung, Bürgerschaft) – Entwurf der Stellungnahme wird vor der Sitzung rundgeschickt
 5. Queerpolitische Strukturentwicklung
 - 5.1 Vorbehaltlich vorliegender Beschlussvorlage: Diskriminierungsärmere Arbeit im QPB (Arbeitstitel)
 - 5.2 Planung für die Fortschreibung des Landesaktionsplans
 - 5.3 Strukturen und Arbeitsweise der Ressorts: Zuständigkeiten für queere Themen, Austausch- und Abstimmungsprozesse zwischen des Ressorts
 6. Verschiedenes / Organisatorisches
 - 6.1 offener Verteiler bei Mails zum QPB?
 - 6.2 Start der Terminabfrage für 2025
 - 6.3 ggf. weitere Themen / Verabschiedung

TOP 1: Begrüßung

Mo Wenner (Trans* Recht e.V.) begrüßt alle Teilnehmenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2: Rückfragen der bei der letzten Sitzung abwesenden Mitglieder und Abstimmung zur Aufnahme des LSVD+ Niedersachsen-Bremen e.V.

Die Abstimmung zur Aufnahme des LSVD+ Niedersachsen-Bremen e.V erfolgt einstimmig und der LSVD+ Niedersachsen-Bremen e.V wird als Mitglied aufgenommen.

TOP 3: Bericht und Aktuelles

Katharina Kunze (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) informiert über eine Infoveranstaltung am 18. Oktober 2024 zum Thema Wechseljahre, die auch trans* Frauen anspricht.

Katharina Müller (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz) berichtet über eine Umfrage im Kreise der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) zu körpermodifizierenden Maßnahmen bei trans* Personen. Die Ergebnisse werden von Katharina Müller im Rahmen des Beirats vorgestellt. Dazu fragt Lucie Veith (Intergeschlechtliche Menschen e.V.), ob bei der Umfrage auch inter* Personen berücksichtigt werden, da für sie andere Regelungen gelten. Katharina Müller erklärt, dass die Umfrage bisher nur für trans* Personen und nicht-binäre Personen durchgeführt wurde, nimmt den Hinweis jedoch mit. Ebenso wird von Katharina Müller berichtet, dass die Krankenhäuser von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zum Umgang mit der dritten Option und zur Sensibilisierung des Personals angefragt werden. Sie fragt, ob es weitere Fragen dazu gibt. Santos Blume ergänzt und fragt nach dem Umgang mit § 70 BremPsychKG, welcher Durchsuchung und Untersuchungen regelt.

Ulrike Peter (Landesbehindertenbeauftragter) berichtet, dass vom 1. bis 5. Oktober der Kongress „Menschenrecht ohne Schranken“ stattfindet. Weitere Informationen finden sich auf der Website der Schwankhalle Bremen (<https://www.schwankhalle.de/de>).

Greta Riemann (Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) informiert über eine neue Stelle bei der AWO zur Beratung von queeren Personen im Asylverfahren. Es besteht Interesse an einem Kontakt mit relevanten Stellen.

Greta Riemann gibt ebenfalls bekannt, dass fehlende Dokumente auf der Homepage ergänzt wurden. Ebenfalls wurden die Informationen zum Projekt „Rewiks“ an die zuständige Kollegin weitergegeben. Außerdem findet ein erstes Auftakttreffen mit dem Martinshof, der zuständigen Stelle bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und Greta Riemann für eine gemeinsame Veranstaltung statt und Anregungen werden gerne entgegengenommen.

Santos Blume (LSVD+ Bremen-Niedersachsen e.V.) fragt, wie die Kontrollen an Gerichten bei Personen in Abschiebegewahrsam durchgeführt werden, insbesondere in Bezug auf Körperkontrollen nach gefährlichen Gegenständen. Es soll entsprechende Änderungen im Justizbereich dazu geben. Santos Blume fragt beim Innenressort nach, welche Änderungen konkret geplant seien. Christian Modder (Senator für Inneres und Sport) bittet um eine offizielle Anfrage, damit das Anliegen beantwortet werden kann. Julia Koopmeier (Ansprechperson für LSBTIQ* der Polizei Bremen) untermauert ebenfalls die Anfrage.

TOP 4: Queerpolitisches im Land Bremen

4.1. Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes und Erfahrungen mit den Standesämtern in Bremen und Bremerhaven

Mo Wenner eröffnet das Thema und verweist auf einen Artikel in der taz, der sich mit einem Vorfall bei einem Termin im Standesamt befasst. (<https://taz.de/Namenswahl-bei-neuem-Geschlechtseintrag/!6028351/>)

Kai M. Becker berichtet allgemein zum Selbstbestimmungsgesetz und der eigenen Erfahrung. Auf der Seite <https://sbqg.info/> finden sich allgemeine Anwendungshinweise zum Selbstbestimmungsgesetz. Außerdem erzählt Kai M. Becker, dass die Standesämter in Bremen gut vorbereitet sind und es Informationswebseiten gibt, welche jedoch schwer zu finden sind.

Vom Bundesinnenministerium wurden Empfehlungsschreiben an die Standesämter bzw. die Innenministerien der Länder geschickt. Diese Schreiben dienen als Auslegungshilfe und beziehen sich zum einen darauf, dass der neu gewählte Name mit dem gewählten Geschlechtseintrag überstimmen soll und zum anderen wird die mögliche Anzahl der neu gewählten Vornamen bestimmt. Da es zu beiden Punkten viel Kritik gab, wurde auf Bremer Initiative eine neue Einigung getroffen, die eine sehr viel weitere Auslegung von „Vornamen müssen Geschlechtseintrag entsprechen“ nahelegt.

Lucie Veith kritisiert diese Empfehlungen des Bundesinnenministeriums, da sie dazu führen könnte, dass non-binäre Personen, die bereits einen falschen Geschlechtseintrag haben, bei einer Korrektur oder bei der Beantragung des Eintrags „divers“ auch eine Namensänderung vornehmen müssen. Lucie Veith weist darauf hin, dass bereits zwei Urteile in diesem Zusammenhang vorliegen und solche Regelungen vor Gericht nicht standhalten würden. Santos Blume unterstützt diesen Standpunkt.

Der Senator für Inneres und Sport wird um einen Kurzbericht zu folgenden Fragen gebeten:

1. Wie viele Anmeldungen hat es zur Vornamens- und Geschlechtseintragsänderung in Bremen und Bremerhaven gegeben?

2. Gibt es eine Handlungsanleitung für die Bürgerservicecenter zum Umgang nach erfolgtem Vornamens- oder Personenstandveränderung? Etwa für die Änderung in Personalausweisen oder Beglaubigungen von Zeugnissen.
3. Werden die Personen bei dem Termin im Standesamt auch über die (z.B. rechtlichen) Konsequenzen der Änderung des Geschlechtseintrags und des Vornamens informiert?
4. Wie funktioniert die Berichtigung des Geschlechtseintrages im Personenstand nach §§ 46, 47 in Verbindung mit § 22 Abs. 3 Personenstandsgesetz? Ist es weiterhin möglich oder gibt es noch Hinderungsgründe? Ebenfalls besteht die Frage, ob es in Bremen möglich ist, die falschen Angaben (bescheinigt durch den Arzt) zu berichtigen?

Mo Wenner appelliert daran, die Informationen auch auf der Webseite des Standesamts mitaufzunehmen.

4.2. Impuls und Stellungnahme des Queerpolitischen Beirats zur barrierefreien, geschlechtergerechten Sprache im Land Bremen (Verwaltung, Bürgerschaft)

Der Tagesordnungspunkt wird verschoben.

TOP 5: Queerpolitische Strukturentwicklung

5.1. Diskriminierungsärmere Arbeit im QPB (Arbeitstitel)

Mo Wenner eröffnet die Diskussion zur Vorlage „Diskriminierungsärmere Arbeit im Queerpolitischen Beirat“ (siehe Anlage). Greta Riemann nimmt mit, dass beim Aus- und Fortbildungszentrum nach Weiterbildungsmaßnahmen für die Verwaltung gefragt wird. Ebenso wird Kontakt mit Jochen Schiffmann mit seiner Expertise als Diversity-Manager dazu aufgenommen.

5.2. Planung für die Fortschreibung des Landesaktionsplans

Greta Riemann stellt die Planung zur Fortschreibung des Landesaktionsplans vor. Dabei geht es insbesondere um die Planung der Jour Fixe für die fachlich zuständigen Ressorts und Trägervereine. Greta Riemann verschickt für einen Auftakt-Jour Fixe eine entsprechende Terminabfrage.

Sören Hoyer erklärt, dass das primäre Ziel ist, die Ziele sowie den Maßnahmenkatalog zu aktualisieren und fortzuschreiben. Der Senat nimmt den Landesaktionsplan als langfristige Handlungsorientierung für sein queerpolitisches Handeln und er ist damit auch eine Verbindung zum Queerpolitischen Beirat, um Anhaltspunkte für Verbesserungsbedarf zu erkennen. Die Ressorts erarbeiten Maßnahmen und Ziele für die entsprechenden

Handlungsfelder. Einige Personen aus dem Queerpolitischen haben Bedenken hinsichtlich der zeitlichen Planung und ihrer zeitlichen Ressourcen. Lucie Veith regt an, die Beteiligung am Landesaktionsplan zu stärken und einen „Runden Tisch“ zu planen.

TOP 6: Verschiedenes

Greta Riemann verschickt eine neue Abfrage zur Nutzung eines sichtbaren Verteilers. Die Terminabfrage für die Sitzungen im nächsten Jahr wird angesichts der Zeit auf die nächste Sitzung verschoben.